

bundesrat 1

w i e n , 23.6. (apa) der bundesrat befasste sich in seiner heutigen sitzung zuerst mit dem gesetzesbeschluss, womit der wirkungsbereich des bundekanzleramtes in angelegenheiten der landesverteidigung festgesetzt wird.

in der debatte dazu meinte bundesrat dr. lauritsch (wdu) es sei nicht einzusehen, warum gerade diese vorlage so ueber-
hastet durchgepeitscht werde. die argumente fuer diese hast
seien nicht sehr stichhaeltig. vor allem seien die probleme fi-
nanzieller art, die uns der staatsvertrag auferlegt, noch
nicht geloest und die auffassung ueber die art und den umfang
des kuenftigen bundesheeres seien allenthalben noch sehr vage.

in der nationalratsdebatten habe die oevp von einer weiter-
fuehrung der alten tradition, die spoe von der schaffung
einer neuen tradition im sinne eines wohlfahrtsstaates gesprochen.

.....

22⁵⁵/clg.

..... im sinne eines wohlfahrtsstaates gesprochen
es waere zweckmaessiger gewesen, den bundeskanzler nicht mit
neuer verantwortung zu ueberlasten und ein neues ministerium
zu schaffen, der grund fuer diese kompetenzentscheidung koenne
wieder nur in einer parteipolitischen auffassung liegen, der
vizekanzler hoffe, in der vertretung des bundeskanzlers die be-
strebungen seiner partei bei der aufstellung und fuehrung des
heeres am besten verwirklichen zu koennen.

wegen der kompetenzueberantwortung an den bundeskanzler und
wegen der ungenuegenden schaffung der notwendigen voraussetzungen
sprach sich der redner gegen den gesetzentwurf aus.

bundesrat dr. reichl (spoe) erklarte, die sozialistische
partei habe sich schon in ihrem organisationsprogramm vom jahre
1947 zur neutralitaet bekannt, auch bei allen unseren diskussionen,
sagte er, klingt immer wieder das bekenntnis zur verteidigung hervor.
im neuen bundesheer muss ein geist herrschen, der dem demokratischen
denken und dem wesen unserer humanistischen weltauffassung ent-
spricht, die neuen soldaten sollen im geist der neutralitaet
ausgerichtet sein, sie sollen also nicht angreifer und eroeberer
werden, sondern verteidiger der grenzen und beschuetzer unseres
volkes, die sozialistische partei sieht in einer armee des volkes
den besten schutz der republik, diesem ziel gilt die einfuehrung
der allgemeinen wehrpflicht und der aufbau eines neuen heeres
mit milizartigem charakter, wir wuenschen eine moeglichst kurze
ausbildung und kleine kader, damit jeder wehrpflichtige wieder
ins berufsleben zurueckkehren kann, die sozialistische partei
wird darueber wachen, dass die in der bundesverfassung gewahr-
leisteten staatsbuengerlichen rechte auch den angehoeigen des
neuen bundesheeres erhalten bleiben, das verlangen nach einer
volksabstimmung ist nichts als eine blosse propagandistische ange-
legenheit, die parlamentarische kontrolle muss auf eine gesicherte
rechtsgrundlage gestellt sein, das heer soll nicht im sinne des
proporz erzogen werden, eine gewisse staatspolitische erziehung
innerhalb des heeres muss erfolgen (fortsetzung)+2249+sa+